

v. Posern: In gleichem Sinne, wie Hr. v. Polenz, theile auch ich die Ansicht vorläufig, daß am Ende eine Veränderung der Städteordnung leichter ausführbar sei, als eine Veränderung des Heimathsgesetzes, weil die Städteordnung nur die Städte allein angeht. Finden sich also die Städte prägravirt, so mögen sie darauf antragen, daß entweder die Städteordnung abgeändert werde, oder die Gewinnung des Bürgerrechtes für sich allein die Heimathsangehörigkeit nicht begründe. Das ist aber eine Sache, die ihrer Natur nach die Städte allein angeht, und bedarf auch allerdings noch reiflicher Erwägung.

v. Zedtwitz: Für sich allein begründet das Bürgerrecht bekanntlich das Heimathsrecht nicht, vielmehr gehört noch ein 5jähriger Aufenthalt in der Stadt dazu. Und ob damit für das Land ein großer Gewinn erreicht werden würde, wenn alle diejenigen, welche sich jetzt in den Städten befinden, von da nach vieljährigem Aufenthalte bei ihrer Verarmung wieder ausgewiesen werden dürften, das kann ich auch nicht glauben. Doch ich würde wünschen, daß über diesen Punkt, der ohnehin nicht zur Debatte zu gehören scheint, hinweggegangen würde.

Königl. Commissar D. Merbach: Es scheint eine Ungewißheit vorzuwalten, die vielleicht auf den Beschluß über das Gesetz Einfluß haben könnte, was nämlich für Leute eigentlich in der ersten §. der Erläuterung des Gesetzes unter dem Ausdrucke „Dorshandwerker oder Kramer“ gemeint seien, ob bloß zünftige oder auch unzünftige? Ich erlaube mir die Erläuterung zu geben, daß man unter denselben nur die, im II. und III. Abschnitt des Gesetzes, über den Gewerbebetrieb auf dem Lande verstanden hat. Der I. Abschnitt handelt von unzünftigen Arbeitern, die man in dem Sinne, auf welchen es hier ankommt, nicht unter dem Ausdruck Dorshandwerker im Gegensatz zu den städtischen Bürgern und Meistern zu verstehen pflegt. Sollte zu Vermeidung eines Irrthums es noch einer näheren Bezeichnung bedürfen, so könnte noch bei der Redaction in der I. §. der II. und III. Abschnitt des Gewerbegesetzes als Zusatz allegirt werden, um den Begriff zu begrenzen.

Bürgermeister Schill: Den Antrag des Herrn v. Posern, das Bürgerrecht aufzuheben, kann ich auf sich beruhen lassen, allein ich bemerke nur, daß es für das Land die größten Nachtheile haben würde, wenn man diese Wirkung der Heimathsangehörigkeit von dem Bürgerrechte trennen wollte.

Bürgermeister Bernhadi: Bei der Wichtigkeit der Frage, die jetzt vorliegt, bei deren hoher Wichtigkeit hinsichtlich des Princips, auf das es jetzt hauptsächlich ankommt, wird es mir wohl nicht verargt werden, wenn ich auch einige Worte darüber spreche. Neue Gründe für den Gesetzentwurf vorzubringen, bin ich nicht im Stande, es würde dies wohl auch jetzt überhaupt schwer, wo nicht unmöglich sein. Ich beschränke mich daher auf eine Ergänzung dessen, was von dem einen Herrn Secretair geäußert worden ist, und wodurch zugleich einige spätere Aeußerungen berichtigt werden können. Es be-

trifft das nämlich die Gleichheit der Aufnahme von Gewerbetreibenden in den Städten und auf dem Lande, die Gleichheit bei der Gestattung des Gewerbebetriebes eines Gewerbetreibenden in der Stadt und eines solchen auf dem Lande, die Gleichheit der Verhältnisse, in welche der eine wie der andre tritt, und ich erlaube mir in dieser Beziehung die Bestimmungen der Landgemeindeordnung mitzutheilen, aus welchen sich ergibt, daß allerdings jene Gleichheit auf dem Lande stattfindet. Nach §. 25 und 26 der Landgemeindeordnung ist die ausdrückliche Aufnahme des Gewerbetreibenden in die Gemeinde zum Gemeindemitgliede auf dem Lande wie in der Stadt erforderlich. Die Mitglieder der Landgemeinde sind ansässige und unansässige, wie die Mitglieder der Stadtgemeinde. Auch hierin ist völlige Gleichheit zwischen Stadt und Land, denn die unansässigen Gemeindemitglieder auf dem Lande stehen den unansässigen in den Städten gegenüber. Drittens soll nach §. 27 der Landgemeindeordnung jedes Mitglied einer Landgemeinde durch den Eintritt in dieselbe auf so lange, als es Mitglied der Gemeinde bleibt, die Rechte erlangen, welche nach der örtlichen Verfassung alle Mitglieder überhaupt und die der betreffenden Klasse insbesondere haben. Dagegen soll es auch die Pflichten eines Gemeindemitgliedes zu übernehmen, also Communaleistungen, und in die Dorfscommunkasse und Armentasse, wie die Bürger, beizutragen haben. Hierin findet auch Gleichheit zwischen Städten und Dörfern statt. Alle Gemeindemitglieder auf dem Lande ohne Rücksicht auf Ansässigkeit sind ferner zu Gemeindeämtern wählbar und zu deren Uebernahme verpflichtet, sowie zu Uebernahme anderer ehrenvoller Aufträge für die Landgemeinde; also auch politische und Ehrenrechte haben sie, wie die Bürger. Stimmberechtigt ist das unangesessene Mitglied der Dorfgemeinde in gewissem Falle ebenfalls, und überdies die Verpflichtung des Gemeindemitgliedes auf dem Lande ist erforderlich, wie die des Bürgers in der Stadt. Dazu kommt, daß auch noch eine Cognition bei der Aufnahme neuer Mitglieder den Dorfgemeinden zusteht, was in der Stadt nicht der Fall ist. Hierbei bemerke ich noch, daß, wenn geäußert worden ist, um das Bürgerrecht zu erlangen, müsse ein gesichertes Auskommen nachgewiesen werden, dies nicht gegründet ist. In den Städten muß jeder Gewerbetreibende aufgenommen werden, wenn er Inländer ist, ohne daß man darnach fragen kann, ob er die nöthigen Mittel zum Fortkommen hat, oder nicht. Nur bei Ausländern findet eine Ausnahme statt. Ich sehe also wenig Unterschied zwischen der Aufnahme der Gewerbetreibenden in den Städten und auf dem Lande. Hat aber die Aufnahme in die Landgemeinde dieselben Wirkungen, wie die in die Stadtgemeinde, und ertheilt sie dieselben Rechte, wie die Annahme zum Bürger in der Stadt, so ist nichts angemessener, billiger und der Gerechtigkeit entsprechender, als daß die in eine Landgemeinde aufgenommenen Gewerbetreibenden den in eine Stadtgemeinde aufgenommenen auch in Ansehung der Heimathsangehörigkeit gleichgestellt werden, mithin nach fünfjährigem Aufenthalt auf dem Dorfe daselbst als heimathsangehörig anzusehen sind. Ich gönne dem platten Lande jede Er-